

Der Vollzugsdienst

6/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Bundesgewerkschaftstag
wirft seine
Schatten voraus**

Bundeshauptvorstand tagte im
digitalen Format

Seite 1

**Haben wir aus
dem ersten Lockdown
nichts gelernt ?**

Föderalismus verhindert
einheitliche Regelungen

Seite 6

**Justizvollzug steht vor
gravierenden personellen
Veränderungen**

Die Attraktivität des Berufsbildes
ist unbedingt zu verbessern

Seite 72

Foto: © frank peters/stock.adobe.com



**WIR
stehen
zusammen!**

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

*Wir wünschen allen Kolleginnen
und Kollegen und ihren Familien
besinnliche Weihnachtstage und
ein gesundes neues Jahr 2021.*

Ihre BSBD Bundesleitung



RHEINLAND-PFALZ



SACHSEN



THÜRINGEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Weihnachten trotz Pandemie
- 1 Bundesgewerkschaftstag wirft seine Schatten voraus
- 2 Hygienemuseum Dresden: Die Ausstellung „Im Gefängnis“
- 4 Ältere Menschen und Digitalisierung
- 5 Weitere Zunahme der Gewalt gegen Bedienstete
- 5 Wunschdenken trifft auf die harte Realität
- 6 Haben wir aus dem ersten Lockdown nichts gelernt?
- 7 Demokratieseminar fand unter strengen Corona-Auflagen statt
- 8 Bundesseminar in Bonn: „Noch ist Polen nicht verloren“

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 24 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 34 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 65 Saarland
- 68 Sachsen
- 70 Sachsen-Anhalt
- 72 Thüringen
- 68 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2021:

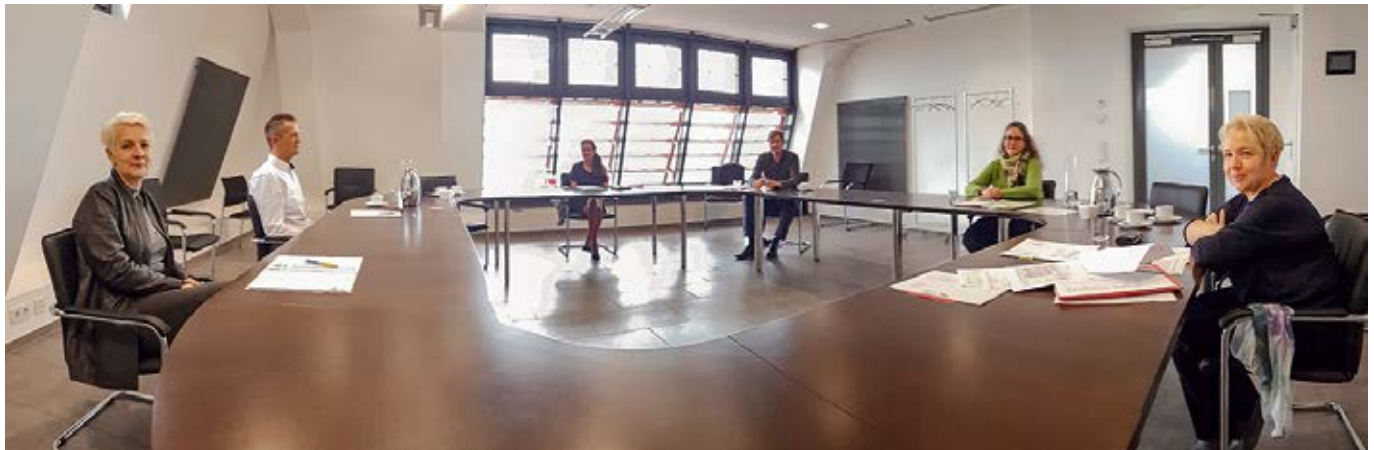


16. Februar 2021

Auch der Justizvollzug im Land Brandenburg ist eine Baustelle

Landesvorstand im Gespräch mit der Ministerin der Justiz

Ein Gedankenaustausch auf Augenhöhe!



Landesvorstand im Gespräch mit der Ministerin der Justiz Frau Susanne Hoffmann und Abteilungsleiter III Herrn Roland Wilkening. Foto: BSBD BRB

Am 6. November 2020 konnte der gesamte Landesvorstand des BSBD Brandenburg endlich das Kennenlerngespräch mit der Justizministerin Frau Susanne Hoffmann und dem Abteilungsleiter III des MdJ Herrn Roland Wilkening nachholen. Dass wir alle gemeinsam den Termin wahrnahmen, sorgte tatsächlich für ein wenig Erstaunen. Aber wir wollten uns die Chance des gemeinsamen Auftretens nicht nehmen lassen – denn bekanntlicherweiße hören ja 10 Ohren mehr.

Folgende **Themenschwerpunkte** waren Gegenstand des Gesprächs:

- die besonderen Umstände unter den Bedingungen von COVID-19 zu arbeiten – Erschwernisse bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags
- unzureichende Personalausstattung - unbesetzte Stellen und die bevorstehenden massiven Personalabgänge als eine zusätzliche Herausforderung
- steigende Arbeitsbelastung bei den Beschäftigten im Justizvollzug
- Nachwuchskräftegewinnung – eine noch nicht absehbare Dramatik in der zukünftigen Personalausstattung
- Umsetzung des Vollzugs- und Entwicklungskonzeptes sowie die Frage zur Standortsicherheit der Vollzeugs-einrichtungen im Zusammenhang mit der Personalentwicklung

- Mitarbeiterbindung zur Aufgabenbewältigung
- Fortgewährung des Anwärtersonderzuschlags
- Wertschätzung und Anerkennung der geleisteten Arbeit
- Beförderungsmöglichkeiten vs. Stellenobergrenzenverordnung
- Mehrarbeitsvergütung

Die Ministerin und Herr Wilkening nahmen sich Zeit für das gemeinsame Gespräch. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde waren wir auch gleich mitten im Austausch.

Bereits in einem ersten Gespräch mit den Vorsitzenden der Fachgewerkschaften der Justiz am 16. Januar 2020 hatte die Landesvorsitzende des BSBD Brandenburg klar formuliert, welche Probleme es gegenwärtig im Justizvollzug des Landes Brandenburg gibt.

Die Ministerin der Justiz räumte im Gespräch am 6. November ein, dass sie dies so nicht erwartet hatte und dass der Fokus ihres Wirkens tatsächlich zunächst auf der Einführung der elektronischen Akte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie den Verfahrensbeschleunigungen bei den Staatsanwaltschaften liegen sollte. Deswegen ging der Landesvorstand natürlich mit einer ordentlichen Portion Skepsis in dieses Gespräch. Dass auch der Justizvollzug für sie jede Menge Baustellen bereithalten würde, hatte sie tatsäch-

lich überrascht. Umso wichtiger erscheint es ihr daher, die Vielzahl der Probleme im Justizvollzug in Angriff zu nehmen und gemeinsam mit dem Abteilungsleiter III ganz viel Arbeit in den Justizvollzug zu stecken.

Einen solch kritischen Blick auf die Probleme und die Ehrlichkeit, dass es jede Menge zu tun gibt, hatten wir tatsächlich nicht erwartet.

Besonders schön zu hören war es, dass die Ministerin der Justiz und der Abteilungsleiter III das Engagement der Mitarbeiter*innen bezüglich ihrer Aufgabenerfüllung sehr wertschätzen und dass dieses Engagement für sie bei Ihren Besuchen in den Justizvollzugsanstalten Cottbus-Dissenchen und Brandenburg an der Havel spürbar gewesen sei. Der Landesvorstand wurde gebeten, in diesem Zusammenhang ihren Dank dafür an die Mitarbeiter*innen weiterzuleiten. Eines der größten Probleme steckt in der Gewinnung von neuen Mitarbeiter*innen, um die ab 2021 geplanten drei Ausbildungsklassen mit geeigneten Bewerbern zu füllen. Neben der Überprüfung des Ablaufes des Eignungsfeststellungsverfahrens muss noch mehr denn je in die Werbung investiert werden. Gerade jetzt, da durch die andauernden Corona-Einschränkungen und der damit verbundene mögliche Verlust des Arbeitsplatzes die Chance besteht, Mitarbeiter zu finden,



denen bewusst ist, wie wertvoll ein sicherer Arbeitsplatz ist. Und vielleicht müssen hier auch kurzfristig pragmatische und kreative Lösungen gefunden werden. Dazu entspannt sich ein konstruktiver Gedankenaustausch, der vielleicht auch zu neuen Wegen führen könnte. Eine mögliche Standortschließung ist dabei, auf Grund der gegenwärtig stabilen Gefangenzahlen im Land keine Option.

Auch das Thema Beförderungen blieb nicht undiskutiert. So sei im Haushalt 2021 eine Stellenhebung von 145 Stellen auf A 9, davon 40 mit Zulage geplant. Die Worte hörten wir wohl, nur fehlt uns hier der Glaube, denn der Landshaushalt für 2021 ist noch lange nicht bestätigt. Außerdem möchte man auch im nächsten Jahr die Chance der Vergabe von einmaligen Leistungsprämien nutzen. 15 % der Mitarbeiter*innen sollen pro JVA in den Genuss kommen, wenn sie Herausragendes leisten. Jedoch wolle man andere Möglichkeiten, die die Brandenburgische Leistungsprämien- und Leistungszulagenverordnung bietet, leider nicht nutzen. Wozu haben wir diese Verordnung, wenn herausragende Leistungen nicht auch mit Leistungszulagen wertgeschätzt werden können?

Das Argument der Ministerin, dass sich der Mitarbeiter ggf. an die ohnehin nur befristet zu zahlende Zulage von höchstens 7 % des Anfangsgrundgehaltes der Besoldungsgruppe gewöhnen könne, und danach in ein tiefes finanzielles Loch fallen würde, kann hier als Grund diese Form der Anerkennung nicht zur Anwendung zu bringen keine Zustimmung finden.

Aber es muss auch erwähnt werden, dass bei allen Problemen die das Personal des Justizvollzuges betrifft, die Erwartungen gedämpft werden müssen, da durch die anhaltende Coronakrise und die damit verbundenen Ausgaben mindestens in 2022 und 2023 absolut sparsam mit dem Landeshaushalt umgegangen wird. Da werden keine wesentlichen Personalstellenanhebungen in Aussicht gestellt. Wie war das doch gleich von der neuen Landesregierung 2019 versprochen?

Zusammenfassend können wir sagen, dass unser Gespräch mit der Ministerin der Justiz **Frau Hoffmann** und dem Abteilungsleiter III **Herrn Wilkening** in einer Atmosphäre stattfand, die von Ehrlichkeit und Zugewandtheit geprägt war. Auf Augenhöhe eben.

Fazit in einem Satz: Gemeinsam wollen **WIR** für den Justizvollzug etwas Gutes bewirken!

Dorit Franke und Dörthe Kleemann ■

... es weihnachtet sehr ...

Das traurige Märchen von Kunterbunt

Es kann nicht zusammenwachsen, wenn es nicht zusammengehört!

Mit „Es war einmal“ fangen ja bekanntlich alle Märchen an und da es auf Weihnachten zugeht, ist es Zeit, ein Märchen, das kein Happy End zu haben scheint, zu erzählen.

Vor vielen Monden beschloss der Landesfürst und sein Hofstaat – mit all seinen Ministern und Ratgebern – aus zwei kleinen Dörfern, nennen wir sie Kunter und Bunt, die Stadt **Kunterbunt** zu machen.

Kunter und Bunt lagen 100 Meilen voneinander entfernt, aber dank der schnellen Pferde, die die Regierung regelmäßig zur Verfügung stellen würde, könnte man sich innerhalb von nur zwei Stunden besuchen.

Ach wie war die Freude groß, dass ein so erfolgreicher Coup gelandet war. Großes sollte passieren, Synergieeffekte wollte man schaffen und noch ef-

Mit rosigen Worten erklärte der Gesandte, dass sich nichts ändern würde, alle könnten friedlich weiterarbeiten und auch die Arbeitsplätze blieben erhalten. Es sollte ja in **Kunterbunt** weiter fleißig gearbeitet werden. Schließlich hatten ja beide Städte eine besonders wichtige Aufgabe.

Doch die Wahl zum Oberbürgermeister zog sich lange hin, weil – so zwitscherten es die Spatzen – auch andere Bürgermeister, die nicht weit von Kunter ihr Zuhause hatten, neugierig geworden waren.

Indes beauftragte der Gesandte der Regierung heimlich den Bürgermeister doch mal zu überlegen, wie die neue Stadt **Kunterbunt** aussehen könnte. Also machte sich der Bürgermeister mit seinen engsten Vertrauten ans Werk, die Aufgaben zu verteilen. Und weil Kunter größer als Bunt war,

sollte Kunter der Sitz des Oberbürgermeisters werden. Er glaubte, dass seine Vertrauten in Kunter ihn besser unterstützen würden als in Bunt. Man tüftelte tagein, tagaus und zerbrach sich den Kopf, wie die Entfernung zwischen den beiden Städten überbrückt werden könnte.

Zum Glück gab es ja wenigstens schon eine funktionierende Telefonleitung zwischen beiden Städten, und den Rest mussten eben erst einmal die Brieftauben erledigen oder man würde wichtige Dokumente in die Satteltaschen der Pferde stecken.

Die klugen Vorschläge wurden nun dem Gesandten vorgestellt, aber der war irgendwie nie zufrieden. Ach was war es für ein großer Jammer! Denn leider konnte man die Städte doch nicht so einfach miteinander verbinden.

Auf die Idee, die Bürger*innen beider Städte vorher mal zu fragen, waren der Landesfürst und seine Gesandten leider nicht gekommen. Weder der oberste Gesandte und seine Untertanen, noch die Haus- und Hoftechniker von Siri konnten eine Lösung finden, wie der kleine Krämer in Bunt auch die Zahlen von Kunter einsehen könne und umgekehrt. Das machte die Sache nun noch besonders kompliziert, schließlich ver-



Foto: BSBD BRB

fizienter arbeiten, denn im Land fehlte es an geeigneten Bürgermeistern für die beiden kleinen Städte.

Da lag die Idee nahe, dass der Bürgermeister von Bunt auch in Kunter regieren könnte. Schließlich hatte er diese Aufgabe ja schon einige Jahreszeiten lang gemacht.

Leider hatten die Spatzen schon vorher die Entscheidung von den Dächern gezwitschert, was natürlich zu sehr viel Unmut bei den Bürger*innen beider kleinen Städte führte. Das blieb der Regierung natürlich nicht verborgen und so beschloss man, dass ein Gesandter des Fürsten, den Bürger*innen den Entschluss mitteilte.

band beide Städte ja eine besondere, ganz geheime Aufgabe und es mussten hochbrisante Daten ausgetauscht werden. Nur die Bürger*innen von Kunter und Bunt wurden über die Entscheidung des Landesfürsten immer trauriger und einige von ihnen beschlossen, in eine andere Stadt zu ziehen.

Doch für die fehlenden Bürger*innen wurde kein Ersatz geholt. Niemand wollte nach Kunter oder Bunt ziehen, auch weil die Silbertaler, die das Fürstentum zahlen wollte, einfach zu wenig waren. In anderen Städten konnten sie ja schließlich mit der gleichen Arbeit mehr Geld verdienen. Und so dachte man sich wohl: ach wie fein, da packen wir das Geld doch lieber in die Schatzkammer.

Und weil in Kunter ja noch die Vertrauten des Oberbürgermeisters saßen, sollten die jetzt plötzlich die Aufgaben für Bunt mitmachen. Doch leider hatte der Oberbürgermeister die Rechnung ohne seine Bürger gemacht.

Die Bürger von Kunter wollten einfach nicht nach Bunt fahren und auch nicht in Kunter für Bund mitarbeiten. Da halfen kein Zetern und kein Drohen,

schließlich gab es ja auch noch keine Lösung von Siri.

Die Bürger von Bunt hingegen wussten, was sie zu tun hatten, schließlich hatten sie ja einst dem Landesfürsten die Treue geschworen. Sie ritten mit ihren schnellen Pferdchen nach Kunter und erfüllten auf Geheiß des Oberbürgermeisters ihre Aufgaben, obwohl manches dort besonders war. Zurück in Bunt arbeiteten sie dann auch dort weiter fleißig für Kunter mit.

Natürlich gab es auch in Kunter viele fleißige Bürger*innen, die aber selbst so viel zu tun hatten, dass sie Bunt nicht helfen konnten. Auch weil Kunter und Bunt so unterschiedliche Aufgaben hatten. Wieso hatte man nur vorher nicht darüber nachgedacht?

Was vom Landesfürsten beschlossen war, war nun einmal beschlossen!

Wieder und wieder wandten sich verantwortungsbewusste Bürger und Bürgerinnen aus **Kunterbunt** an die neuen Gesandten und Minister, denn zwischenzeitlich gab es auch beim Hofstaat Veränderungen.

Doch Hilfe bei den Problemen in der neuen Stadt blieb aus. Es schien dem

Landesfürsten und seinen Gesandten egal zu sein. Hauptsache es passierte in der neuen Stadt nichts.

Schließlich konnte man sich gerade jetzt nicht um die „kleinen Probleme“ von **Kunterbunt** kümmern, denn eine große Virenplage war über das Land hereingebrochen.

Und natürlich gab es, weil die Staatskasse wegen der Virenplage leer war, vom Landesfürsten auch keinen Orden oder ein paar Silbertaler mehr.

Das hatte der oberste Landesfürst nämlich nicht in seinem Plan bedacht. Die „dummlichen Bürger*innen“ von **Kunterbunt** würden all die Aufgaben schon machen, es waren ja seine Untergebenen.

Leider endet dieses Märchen nicht mit „und alle lebten glücklich und zufrieden“. Ganz im Gegenteil, niemand ist wirklich glücklich und zufrieden, nicht einmal der Oberbürgermeister von **Kunterbunt**.

Deswegen schaue ich jetzt „Das kalte Herz“, da gibt es dann wenigstens ein Happy End und schließlich ist ja Weihnachtszeit.

Grimm Hauff Anderson

Im stillen Gedenken

Der BSBD-Landesverband trauert um sein

Ehrenmitglied

Rainer Krone



Völlig unerwartet ist Rainer Krone im Oktober 2020 im Alter von 61 Jahren von uns gegangen.

Den Mitgliedern des BSBD ist Rainer Krone durch seinen Einsatz in mehreren Vollzugsanstalten des Landes sehr gut bekannt. Auch Gewerkschaftsvertretern aus anderen Verbänden und über die Landesgrenze hinaus, ist der Name Rainer Krone bekannt und geschätzt.

Bis zu seinem Ruhestand wirkte er in der JVA Nord-Brandenburg, TA Wulkow und war im Kollegenkreis ein von allen geachteter Mitarbeiter.

Er hinterlässt durch seinen viel zu frühen Tod eine große Lücke, da er sich auch im Ruhestand weiterhin für den Landesverband und seine Mitglieder engagiert hat.

Der BSBD Brandenburg hatte bei Rainer Krone einen sehr hohen Stellenwert und kam nie zu kurz. Er war anfangs stellvertretender Vorsitzender und dann auch Vorsitzender unseres Landesverbandes. Über lange Zeit vertrat er die Interessen des BSBD ebenfalls als stellvertretender Landesvorsitzender des dbb Brandenburg.

Es war ihm immer ein Anliegen, sich für seine Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Dies tat er durch Beratung und notwendige Unterstützung. Der BSBD-Landesverband Brandenburg und seine Mitglieder haben enorm von der Schaffenskraft, dem Wissen und seinem persönlichen Engagement Rainer Krones profitieren dürfen. Dafür sind wir sehr dankbar.



Wir werden unserem hochgeschätzten Mitglied und unserem gutem Freund Rainer Krone stets ein ehrendes Andenken bewahren und er wird immer einen Platz in unseren Herzen haben.

Mitglieder des Vorstands des BSBD-Landesverbands Brandenburg

Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen laden in den Brandenburger Landtag ein

Justizpolitisches Gespräch – abgesagt ...

Dann kam mal wieder alles ganz anders

Für den 05. November 2020 war im Brandenburger Landtag ein internes Fachgespräch zum aktuellen Stand sowie zur Weiterentwicklung der Justiz geplant. Diese Einladung wurde an alle Verbände im Bereich der Justiz ausgesprochen.

Ort für dieses Gespräch sollte der Plenarsaal im Brandenburger Landtag sein. Doch dann kam, wie so oft in 2020, alles ganz anders. Gemäß der Verordnung über die befristeten Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 im Land Brandenburg (SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung – SARS-CoV-2-EindV) vom 30. Oktober 2020, musste dieser Gesprächstermin abgesagt werden.

Die Koalitionsfraktionen hatten sich auf die Tagesordnung geschrieben, dass sie mit den Verbänden über Lösungsansätze für die Zukunft der Justiz in Brandenburg diskutieren wollten. Erfahrungen und Vorstellungen für die Gestaltung der Zukunft einer modernen und attraktiveren Justiz sollten ausgetauscht werden.

Weiterhin standen der anstehende Haushalt, das Justizvollzugskonzept und die Umsetzung der e-Akte auf der Tagesordnung.

Nach Absage des Gesprächstermins waren nun alle Fachverbände aufgefordert, sich hinsichtlich ihrer Vorstellungen schriftlich zu äußern.

Hier ein Auszug aus der Stellungnahme des BSBD Brandenburg an die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

„... für die Einladung zum justizpolitischen Gespräch, welches nun leider wegen weiterer befristeter Eindämmungsmaßnahmen abgesagt werden musste, möchte ich mich bedanken.

Aus Sicht des **BSBD Brandenburg** muss ich jedoch feststellen, dass wir im Nachtragshaushalt 2020 für den Bereich des Justizvollzugs keine Berücksichtigung gefunden haben. Wenn sich dies im Haushaltsentwurf für 2021 wirklich anders darstellen sollte, würden wir dies sehr begrüßen.

Zum ersten ist es außerordentlich wichtig, dass **kein weiterer Stellenabbau** im Bereich des Justizvollzugs vorgenommen wird. Die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags hat sich in Zeiten von CORONA noch zusätz-

lich erschwert, da zur Sicherstellung von Schutz- und Hygienemaßnahmen selbst bei der Eignung für selbständige Lockerungen, die Entlassungsvorbereitung nur in Begleitausgängen erfolgen kann. Inhaftierte nach jeder zwingend erforderlichen Lockerung in eine 14-tägige Quarantäne zu verweisen, würde nämlich sämtliche Kapazitäten einer Justizvollzugsanstalt sprengen.

Die begrenzten Plätze in den zusätzlich eingerichteten Quarantänebereichen sind für die Aufnahmen von Inhaftierten der Untersuchungs- und

rechterhaltung von Sicherheit und Ordnung eingesetzt werden muss. Jeder Mitarbeiter im Justizvollzug ist sich seiner Verantwortung bewusst und erwartet in diesen Zeiten auch eine entsprechende Wertschätzung.

Die personelle Sicherstellung des Justizvollzugs erfordert die **kontinuierliche Ausbildung von Anwärtern**.

Denn nur so können die zukünftigen Personalabgänge aufgefangen werden. Bereits seit mehreren Jahren zeigt sich deutlich, dass die Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen



Landtag Brandenburg
im früheren Stadtschloss
Potsdam.

Foto: Ines39/stock.adobe.com

Strafhaft vorzuhalten und fordern schon jetzt entsprechende logistische Abläufe, welche nicht bei der Personalberechnung berücksichtigt wurden und werden.

Quarantäne im Justizvollzug bedeutet die Realisierung von Einzelmaßnahmen und die strikte Einhaltung aller erforderlichen Schutz- und Hygienemaßnahmen. Die Mitarbeiter des Justizvollzugs tragen die Verantwortung dafür, dass CORONA keine Chance hat und setzen somit gegenüber den Inhaftierten die Gesundheitsfürsorge laut BbgJVollzG um.

Wenn Sie als Landesregierung also über **CORONA-Prämienzahlung für Landesbedienstete** analog des Bundes oder Kommunen nachdenken, vergessen Sie nicht den Justizvollzug. Ich denke, keiner von Ihnen möchte sich auch nur ansatzweise ausmalen, welcher Aufwand betrieben werden muss, falls auch nur in einer Justizvollzugsanstalt des Landes zusätzliches Personal zur Eindämmung oder Auf-

der Justiz eine Herausforderung darstellt. Eine Diskussion über die mögliche **Weitergewährung des Anwärtersonderzuschlags** auch über das Jahr 2020 hinaus, ist daher nach Auffassung des **BSBD Brandenburg** nicht nachvollziehbar und unbegreifbar. Für uns versteht es sich von selbst, dass dieser weitergezahlt werden muss. Ansonsten werden die Bewerberzahlen wohl gegen Null gehen und wer dann die gesetzlich geforderten Aufgaben in den Justizvollzugsanstalten umsetzt, steht in den Sternen.

Zur Arbeitszufriedenheit trägt diese Vorstellung jedenfalls nicht bei und kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass weitere Mitarbeiter sich auf Bundesebene oder in den Kommunen anderen Aufgabefeldern zuwenden. “ ...

Auf unserer Internetseite www.bsbd-brb.de ist die gesamte Stellungnahme eingestellt.

D. Kleemann
Landesvorsitzende